

Deutsche Verantwortung – Deutsche Außenpolitik

Norman Paech

Die Welt hat sich seit dem Untergang der Sowjetunion und des sozialistischen Staatensystems 1989/90 schneller und gründlicher verändert als vorhergesehen. Vor allem hat sie sich in eine Richtung bewegt, die der Hoffnung und Erwartung der Menschen auf Frieden nach dem Zusammenbruch der West-Ost-Konfrontation diametral entgegengesetzt war: statt Friedensdividende eine zweifelhafte Kriegsrendite, die sich selbst für die, die sie einzustreichen suchten, nicht ausgezahlt hat. Es bedurfte nur einer kurzen Phase der Neufindung und –definition: von der NATO als Verteidigungs- zum Interventionsbündnis, von der Bundeswehr als Verteidigungsarmee zur Armee „im Einsatz“, vulgo Interventionsarmee.

Danach folgten in kurzem Abstand die Überfälle der NATO auf Staaten, von denen die Mitgliedstaaten weder angegriffen noch bedroht worden waren, ihren imperialistischen Neuordnungsinteressen jedoch entgegen standen. So 1999 der Krieg gegen Ex-Jugoslawien und die Zerlegung des Balkans, 2001 der Krieg gegen - und nachdem Al Qaida faktisch bereits nach zwei Monaten vertrieben war - um Afghanistan. Wiederum zwei Jahre später der Krieg gegen Irak, der seit langer Zeit vorbereitet, das Land in Chaos und Aufruhr hinterlassen hat. Keine 10 Jahre später der Krieg gegen Libyen, der erst endete, als sein Führer Gaddafi ermordet und seine Gesellschaft vollkommen entwurzelt und zerfallen war. Und schließlich der Krieg in und um Syrien, der sich ohne die massive Unterstützung der zahllosen Terrorgruppen - von denen der Islamische Staat (IS) und die Nusrah-Front nur die gefährlichsten und brutalsten sind - durch die beiden NATO-Staaten USA und Türkei sowie ihre Verbündeten Katar und Saudi-Arabien, nicht zu dem Flächenbrand ausgeweitet hätte, der jetzt auch die Nachbarstaaten schon erfasst.

Es handelt sich um Kriege, die alle vom Westen, den Staaten der NATO, begonnen bzw. befeuert wurden, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die katastrophalen Folgen für die in den angegriffenen Ländern lebenden Menschen, die nun ihre Rettung in der verzweifelten Flucht nach Europa suchen. Nur zu verständlich ist es dann, wenn der schleichende Krieg in der Ukraine und der völkerrechtlich auch nicht saubere Seitenwechsel der Krim nach Russland zu einem mediengewaltigen Scherbengericht gegen Putin und zu einer weiteren Verschärfung der NATO-Präsenz an den Grenzen Russlands benutzt wird. Die Konfrontation ist brandgefährlich, denn hier stehen sich wieder Atomkräfte gegenüber.

Diese hässliche Veränderung der Welt hat sich nicht ereignet wie ein Wetterwechsel, sondern ist das desaströse Ergebnis einer Außenpolitik, die ganz offen die Neuordnung der Welt, vor allem des Mittleren Ostens, nach ihren Koordinaten und Interessen propagiert. Ihr Kern ist der regime change, die Auswechslung der Regime, mit denen die USA und die europäischen Staaten jahrzehntlang eng zusammengearbeitet haben, vom Ölhandel bis zur Nutzung ihrer Folterkeller. Nun haben sie keinen Platz mehr in

den geostrategischen Überlegungen der westlichen Mächte und müssen beseitigt werden.

Die Bundesregierungen haben nicht abseits gestanden, sondern in ihrer Bündnisverpflichtung die Neuordnungsstrategie seit dem Überfall der NATO auf Ex-Jugoslawien mitgetragen. Darüber vermag auch nicht die Zurückhaltung der Schröder/Fischer-Regierung, sich nicht in vorderer Front am Krieg gegen den Irak zu beteiligen, hinwegzutäuschen. Mit geheimdienstlichen Agenten war sie nicht nur für die US-Truppen in Bagdad Vorort, sondern im Krieg dabei. Der entscheidende Bruch mit der alten auf dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes basierenden Außenpolitik erfolgte im Frühjahr 1999 mit dem Einsatz der deutschen Luftwaffe auf dem Balkan und der Verabschiedung eines neuen strategischen Konzeptes der NATO-Doktrin in Washington, die aus dem Verteidigungs- nun definitiv ein Interventionsbündnis machte.

Alle späteren Entscheidungen, ob die Beteiligung am Afghanistan-Feldzug oder im weiteren Feld der Antiterrorkriegsführung, bewegen sich in dem einmal geöffneten Freiraum weltweiter Kriegseinsätze. Dies gilt vor allem auch für die vom Bundespräsident Gauck auf der 50. Münchener Sicherheitskonferenz im Januar 2014 geforderten Übernahme gesteigerter Verantwortung entsprechend des gewachsenen ökonomischen und politischen Gewichts Deutschlands. Dieser robuste Führungsanspruch, der mitunter als Kurswechsel gesehen wird, war schon im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD formuliert worden, sodass Gauck sofort Unterstützung von Außenminister Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) bekam. In den meinungsführenden Medien war er schon lange Standard und stellte auch für die Einsatzstrategie der Bundeswehr keine neue Qualität dar. Deutschland nimmt seit Jahren eine Spitzenposition in der Rüstungsproduktion und dem Waffenhandel ein. Die jüngsten Rüstungsentscheidungen von der Leyens unterstreichen nur den Anspruch außenpolitischer Präsenz in der ersten Reihe, ob in der Konfrontation mit Russland oder der Einhegung des Iran. Dabei bewahrt die Regierung in allen Konflikten trotz mancher Zurückhaltung (z.B. in Libyen und Syrien) ihre unbedingte Gefolgschaft zur US-amerikanischen Strategie. Weder gegenüber Israel noch gegenüber dem NATO-Partner Türkei ist eine eigenständige außenpolitische Haltung und Initiative erkennbar, obwohl die öffentliche Kritik an beiden Regierungen unüberhörbar ist. Man liefert Waffen in die Region, aber einen substantiellen Beitrag für den Frieden im Nahen Osten ist die deutsche Außenpolitik seit Jahrzehnten schuldig geblieben.